

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badische Landes-Zeitung. 1870-1918 1896**

126 (31.5.1896) I. Blatt

**Ausgabe:**  
Wöchentlich zwölf mal.  
Abonnementspreis:  
[ Vierteljährlich:  
in Karlsruhe durch die Post  
für bezogen: 2 Mark 50 Pf.,  
in das Haus gebracht: 2  
Mark 80 Pf., durch die Post  
ohne Zustellgebühr 2 Mark  
50 Pf. Vorausbezahlung.

# Badische Landeszeitung.

**Verlagsgehilfe:**  
Die 12spaltige Kolonelle  
über deren Raum 30 Pf.  
im Reklamenteil 60 Pf.  
**Bemerkungen:**  
Unbenutzte Stellen  
werden nicht aufbe-  
wahrt und können nachträglich  
anderem Antragssteller  
Berücksichtigung finden.

Redaktion und Expedition: Fischstraße 9.

Telefonanschluss Nr. 401.

Nr. 126. I. Blatt.

Karlsruhe, Sonntag, den 31. Mai

1896

## Amfliche Nachrichten.

S. R. G. der Großherzog haben unter dem 15. Mai d. J. dem Zimmermann Kaspar Moser in Niederwinden die silberne Rettungsmedaille verliehen.  
Mit Entschließung Großh. Generaldirektion der Staatseisenbahnen vom 28. Mai d. J. wurde Betriebsassistent Johann Schmidt in Abbruch zum Stationsverwalter ernannt.

### \* Der Wahlrechtsantrag Fieser u. Genossen.

Mit leeren Händen erscheint die Kommission der 2. Kammer, welche die Wahlrechtsanträge zu beraten hatte, vor dem Hause. Sowohl der Antrag Musser (Proportionalwahl), als der Antrag Wacker (direkte Wahl ohne Proporz mit Neueinteilung der Wahlbezirke) und der Antrag Fieser (direkte Wahl in sämtlichen Wahlbezirken mit einer Anzahl von Stadtabgeordneten, die durch die Bürgerausschüsse gewählt sind), wurden mit 8 gegen 7 Stimmen abgelehnt. Die Frage ist jetzt: Was nun? Die Anträge Musser und Wacker sind überhaupt aussichtslos, selbst wenn sie eine Kammermehrheit finden sollten. Die Regierung lehnt sie prinzipiell ab. Aber auch in der Bevölkerung finden beide Anträge teils ausgesprochene Antipathien, teils begriffliche Bedenken. Die Antipathie gegen den Proporz ist eher im Wachsen als im Abnehmen. Man hat hinter dem äußerlich blendenden System den öden und die lebendigen Faktoren des Volkslebens nicht achtenden Mechanismus mehr und mehr erkannt. Auch in Belgien und der Schweiz — die Volksabstimmung in dem größten und politisch vorgeschrittensten Kanton Bern beweist es — mehren sich die Strömung gegen dieses rein rechen- und schablonenmäßige Wahlsystem, das die äblichen Erscheinungen unseres Reichstagswahlrechts vollends auf die Spitze treiben würde. Also der „Proporz“ darf als abgethan gelten.

Gegen den Antrag Wacker und Genossen sprachen die Lebensinteressen der Städte. Nach ihm sollen die Städte Bruchsal, Durlach, Raftatt, Baden, Offenburg, Lahr und Vörrach ihrer bisherigen eigenen Vertretung verlustig werden. Daß die betr. Städte hingegen den lebhaftesten Protest erheben und erheben müssen, ist einleuchtend. Hat man ihnen seit Jahrzehnten eine eigene Vertretung gegeben, so soll und muß man ihnen dieselbe heute belassen, wo sie, früher meist einfache Landstädte, die sich wenig von andern größeren Landorten unterschieden, nicht nur durch das Wachstum ihrer Einwohnerzahl an sich, sondern vor allem durch ihren industriellen und gewerblichen Aufschwung, durch ihre steten Leistungsfähigkeit eine ganz andere Stelle einnehmen als damals, wo niemand etwas dagegen einzuwenden hatte, daß sie bei der Verteilung der Mandate berücksichtigt wurden. Also auch über den Antrag Wacker sollte man sich nicht mehr zu unterhalten brauchen. Er ist geradezu reaktionär, während der Antrag Musser allerdings dem Rationalismus entsprechen mag. Auf den Antrag Wacker aber passen die Vorwürfe, mit denen der Antrag Fieser übersehen wurde, noch ehe ihn die Gegner recht gelesen und ehe sie ihn überlegt hatten. Der Antrag Fieser liegt in der Richtung des einzig möglichen Wegs, das hat auch die Regierung anerkannt. In ihm, den ja auch die nationalliberale Partei und — wie er wiederholt erklärt hat — auch der Antragsteller selbst durchaus nicht für einen unverbesserlichen Gedanken halten, liegt ein gesunder Kern, er ist ein Schritt auf der Linie, auf der, wie wir glauben, jede Reform des politischen Wahlrechts sich bewegen wird. Die Berücksichtigung und Schonung der einzelnen wichtigen Interessen muß die Parole sein, nicht aber deren Preisgabe an die blinde und der Berechnung spottende Herrschaft der Masse, der großen Biffen.

Das berücksichtigt der Antrag Fieser und kommt doch zugleich den Wünschen der Opposition in denbar weitest Maße entgegen. Die nationalliberale Fraktion thut recht daran, wenn sie ihren in der Kommission abgelehnten Antrag im Plenum nochmals einbringt. Wenn die Vereinigtenheit und die Vorurteile weichen, wird die Opposition zu der Erkenntnis kommen, daß es ungerechtfertigt und unklug wäre, die Hand zurückzuziehen, welche ihnen mit dem Antrag Fieser geboten wird. Einigermassen ernüchert scheint man im gegnerischen Lager

ohne dem schon zu sein. Zuerst that man ja in der Zentrums-  
presse, als ob der Fieser'sche Antrag die Ausgeburt des unge-  
heuerlichsten Parteigeizismus wäre, und man drohte förmlich, das  
badische Volk zu einem heiligen Krieg gegen die Nationalliberalen,  
die schändlichen Väter des schändlichen Produkts aufzurufen.  
Die „freisinnige“ Presse tutete selbstverständlich pflichtschuldigst  
mit in die Lärmkompete. Neuerlich hat man sich etwas be-  
ruhigt, wohl in dem Gefühl, daß der Antrag Fieser sich immer  
noch neben den beiden andern Anträgen sehen lassen kann. Wir  
hätten auch sehen mögen, welche Vorbeeren die Freisinnigen mit  
ihrem „Proporz“ und die Ultramontanen mit dem rücksichtslos auf die  
Herrschaft des Centrums zugeschnittenen Antrag Wacker sich beim  
badischen Volke geholt hätten. Wir glauben, die Herren wären  
mit einer empfindlichen Schlappe nach Hause gezogen, denn das bad-  
ische Volk hätte ihnen mit Recht gesagt: „Ihr seid schuld, daß wir  
das direkte Wahlrecht in allen Wahlbezirken, das uns der  
Antrag Fieser bot, nicht bekommen haben.“ Der Lärm mit der  
angeblichen — wir sagen mit Fug und Recht ange-  
blichen — „Privilegierung“ der Städte durch den Antrag Fieser  
hätte schon gegenüber dieser Hauptfrage nicht verfangen und  
wir sind auch überzeugt, daß Badens intelligente Wählerschaft  
— die ländliche ebenso wie die städtische, welche ohnedem  
das Wacker'sche Wohlwollen in dessen Antrag hinreichend kennen  
gelernt hat — bei einiger Aufklärung sich bald davon überzeugt  
hätte, daß von einer Privilegierung überhaupt im Ernste nicht  
die Rede ist.

Von dieser „Privilegierung“ hat der Centrumsabgeordnete  
Kopf in der 51. Sitzung der 2. Kammer vom 28. Februar ein  
Bild entworfen, das wir in einem folgenden Artikel Punkt für  
Punkt zu widerlegen hoffen.

## Deutsches Reich.

— Die „Nordd. Allg. Ztg.“ bemerkt gegenüber den unrichtigen  
Ausführungen eines Berliner Blattes über die Frage, warum wir  
in Deutsch-Südwestafrika keine Eisenbahn bekommen,  
daß die „South West Africa Company“ den Bau der Bahn voll-  
ständig vorbereitete und die Trasse feststellte, jedoch mit der Aus-  
führung wartet, weil sie diese nicht ganz aus eigenen Mitteln unter-  
nehmen will, sondern die Bewilligung einer Subvention vom deut-  
schen Reiche beantragt.

Gotha, 29. Mai. Der Landtag beschloß mit 8 gegen 7  
Stimmen, die Wahl des soz. Abg. Wolff wegen Unrichtigkeiten  
bei der Aufstellung der Wählerlisten für ungültig zu erklären.

## 7. evangel.-sozialer Kongress.

□ Stuttgart, 29. Mai.

### 3. Hauptversammlung.

Auch die heutige Schlußsitzung hatte sich noch eines ungeschwächt  
lebhaften Zuspruchs zu erfreuen; es waren wiederum etwa 1000  
Personen, Damen und Herren, erschienen. Um 9 1/2 Uhr wurde  
die Versammlung durch ein Gebet von Stadtpfarrer Keffer-  
Stuttgart eingeleitet und darauf trat man in die Tagesordnung  
ein. Zuvor machte Präsident Nobbe die Mitteilung, daß u. a.  
für den nächstjährigen Kongress eine Einladung aus den Verein-  
landen und Westfalen eingegangen, die um so wertvoller sei, als  
der Kongress durch Annahme dieses Vorschlags die Fühlung  
mit den evangelischen Arbeitervereinen behielt. (Beifall.) Fabrikant  
Mez-Freiburg brachte die armenische Frage auf's  
Tape und gab seinen Sympathien für die dortigen Christen,  
die zum Teil eher in den Tod gingen, als daß sie dem Islam be-  
traten, Ausdruck, womit er die Bitte verband, diesen Leuten Hilfe  
zu schaffen. Die Versammlung stimmte diesem Ansuchen durch Er-  
heben von den Händen zu. Professor Dr. Delbrück-Berlin sprach  
hierauf über: Die Arbeitslosigkeit, und das  
Recht auf Arbeit. Einleitend bekannte sich der Redner  
als Anhänger der individualistischen (kapitalistischen) Wirt-  
schaftsordnung. So wenig wir — so führte er aus — in der  
Politik der Staatsämter und Feldherren entbehren können, so  
wenig darf im Wirtschaftsleben der egoistische Stachel fehlen. Ein-  
seitig dieses Problem angemandt, führt allerdings zu unerträglichen  
Härten, die durch soziale Maßnahmen aber zu mildern sind.

Zu den letzteren ist der Schutz gegen Arbeitslosigkeit zu zählen.  
Zur Zeit bestehe die größte Arbeitslosigkeit eigentlich bei den Theologen  
(in Württemberg Referendare genannt), den Kandidaten der Theo-  
logie und Philologie. Im Großen und Ganzen müsse die Frage,  
ob wir von einer Arbeitslosigkeit sprechen dürfen, verneint werden.  
Im Osten herrsche sogar Mangel an Arbeitern. Dies habe für  
uns übrigens praktisch keinen Wert. Den bisherigen Versuchen zu  
Versicherungen gegen Arbeitslosigkeit habe es daran gefehlt, daß die  
jeweiligen Ursachen der Arbeitslosigkeit nicht genau erforscht würden.  
In juristischem Sinn sei dies auch gar nicht möglich. Wichtiger  
sei daher, das Recht auf Arbeit anzuerkennen. Der Staat möge dem Ar-  
beiter sagen: Du hast keine Arbeit, komm her, wir geben dir welche!  
Fürst Bismarck habe das Recht auf Arbeit rundweg anerkannt,  
indem er im Reichstag f. B. sagte: „Ich anerkenne das Recht  
auf Arbeit und werde dafür eintreten, so lange ich an dieser Stelle  
stehe.“ er habe indes vor andern Sorgen in dieser Sache nichts ge-  
than und auch nichts thun können. Zur Durchführung obiger For-  
derung empfahl Redner den Kommunen, für alle Fälle Arbeit in  
Reserve zu halten. Von einer Ueberproduktion im allgemeinen könne  
nicht gesprochen werden, vielmehr nur von Unterkonsumtion. Zur  
Hebung der Konsumtionskraft unseres Volkes verlangt Redner, dem  
Gedanken von Prof. Schanz-Würzburg folgend, die Ein-  
führung des Sparzwangs mit Anschließung an die Kranken-  
kassenversicherung. Mit den Marken für dieselbe sollten gleichzeitig  
Sparmarken eingeführt werden, für deren Betrag Ar-  
beitgeber und Arbeitnehmer auszukommen hätten. Namentlich  
sollten die ledigen Arbeiter auf diese Weise  
mehr zum Sparen angeleitet werden, das läme dann den Arbeits-  
familien zu Gute, wenn das vierte Kind sich eingestellt hat. Als  
Behörde, welche den Sparzwang durchzuführen hätte, empfiehlt  
Redner zum Schluß seiner Ausführungen ein Kuratorium von  
Arbeitern. Oberbürgermeister Kümlein machte anschließend an  
diesen Vortrag Mitteilungen über die in Stuttgart getroffene Ein-  
richtung eines Arbeitsamtes, das die Bedürfnisse vollkommen und  
kostenfrei zu befriedigen verstehe. Wenn der Vorredner eine dau-  
ernde Arbeitslosigkeit bestritten habe, so möchte ihm der Ober-  
bürgermeister nur wünschen, Vorstand einer großen Stadt zu  
sein, dann werden sich seine Ansichten wohl modifizieren (Beifall).  
Prof. Max Weber-Freiburg i. B. sieht das wichtigste Mittel zur  
Verhütung von Arbeitslosigkeit in der Hebung der Macht Deutsch-  
lands nach außen. Pastor Raumann-Frankfurt a. M. redet  
einer besseren technischen Ausbildung unserer Arbeiter das Wort.  
Es fehle an Leuten, welche die moderne Technik genügend ver-  
stehen. Viele Eltern lassen ihre Kinder viel zu bald ins Verdenen  
gehen, namentlich in den Großstädten. Auf dem Lande herrsche  
meistens Arbeitermangel, die Provinz verlange aber meistens nur junge  
Leute und gerade diese setzen wegen der größeren Freiheiten gerne  
in den Städten sich fest. Prof. Raumann-Frankfurt spricht sich  
bezüglich des Rechtes auf Arbeit durchaus verneinend aus und  
ebenso dagegen, daß den Arbeitgebern aus dem vorgeschlagenen  
Sparzwang neue Ausgaben entstehen sollen. Im besonderen tadelt  
Redner die verschiedene Handhabung des Koalitionsrechts der Arbeiter  
in den einzelnen Bundesstaaten, dadurch komme sich der Redner  
vor, wie ein geplatzter Hund. Landgerichtsrat Kulemann-Braun-  
schweig äußert seine Bedenken gegen das Sparzwangsproblem. Eine  
Hebung der Konsumtion könne nur durch die auf Erhöhung der  
Löhne gerichtete Bewegung erzielt werden. Die Bestimmung, daß  
jeder, der gebettelt hat, auch wenn er keine Vorstrafen erlitten,  
gehandelt wird, hält Redner für eine Ungehörlichkeit. Geh. Rat  
Prof. A. Wagner-Berlin bezeichnet die Arbeitslosigkeit als einen  
Teil des großen Bevölkerungsproblems. In seiner Zeitperiode  
sei der Bevölkerungszuwachs ein so riesiger gewesen, wie in den  
letzten Decennien im deutschen Reich, was hier unumkehrbar  
zu bedenken gebe, als wir großer Kolonien erlangen.  
Redner plädiert für die Verwendung öffentlicher (Steuer-) Mittel  
für die Arbeitslosenversicherungen. Gewisse indirekte Steuern (vielleicht  
das Tabakmonopol) sollten überhaupt den Zwecken der wirtschaft-  
lichen Hebung unserer niederen Volksklassen zugeführt werden. Vom  
evangel.-sozialen Kongress müssen die Bestehenden mehr an ihre Pflichten  
gemahnt und ihnen das Wort eingeschärft werden: Ihr sollt  
nicht euren Pfunde mehr wuchern! (Beifall.) Tischlermeister Köhlig-  
Altona bemerkte einleitend: Wollte Gott, jede Stadt im deutschen  
Reich hätte ein solches Oberhaupt, wie es Stuttgart in Herrn Ober-  
bürgermeister Kümlein besitzt. Sodann erhob der Redner die Frage:  
Bovon sollen die Arbeiter bei den gegenwärtigen Lohnverhältnissen  
sparen? Wichtiger als das verlangte Sparsystem wäre die Schaffung  
von Arbeitsgelegenheiten. Weiter sprachen noch: Eisenbahndirektor

## Ihr Sieg.

(10)

vom Klaus Kitzland.

„Wird es Dir nicht zu viel?“ fragte Erna ihren Mann  
wiederholt. „Dieses Treiben nimmt Deine Zeit gar zu sehr in  
Anspruch — und ich möchte nicht, daß Du, um mir Vergnügungen  
zu bereiten, Deine Kunst vernachlässigst!“

„Aber ich brauche ja nicht um's tägliche Brot zu arbeiten,  
Kind.“ antwortete er dann wohl lachend — im Innern etwas  
gereizt über die „pebanische kleine Frau.“

Ihm war die ewige Unterbrechung seiner Arbeit gar nicht  
unwillkommen. Er malte überhaupt nur periodisch — fortgesetzte  
regelmäßige Tätigkeit war ihm unmöglich. Und seit einiger Zeit  
— eigentlich seit es ihm gelungen war, sich einen Namen zu  
machen, kamen diese Perioden der Arbeitslust immer seltener.

Das für den Speisefal eines Frankfurter Kröfus vor einem  
halben Jahr bestellte Kolorialgemälde „Altägyptisches Festgelage“  
war schon seit Monaten auf demselben Standpunkt geblieben.

Erna war von dem Entwurf begeistert, und begriff nicht,  
daß Ignaz die Ausführung so lange hinausgeschob — aber „Künstler  
sind eben unberechenbar“ tröstete sie sich.

Eines Tages ging er gleich früh in sein Atelier, und Erna,  
froh über seinen Eifer, nahm sich vor, ihn heute ja nicht zu  
stören, obgleich sie es liebte, ihm bei der Arbeit zuzusehen, aber  
dieselbe wurde dann immer gar zu bald unterbrochen.

Heute wollte sie ihm daher nur ganz leise sein zweites Früh-  
stück auf ein Tischchen stellen und sich dann wieder entfernen.

Als sie jedoch in das Kunst-Atelier eintrat, lagen die  
Pinsel auf dem Fußboden verstreut und Ignaz, Zigaretten  
rauchend, auf dem perfischen Divan.

„Wolltest Du heute nicht arbeiten?“ fragte sie, Zeller  
und Weinglas auf das arabische Labouret an seiner Seite nieder-  
setzend.

„Ich absolut nicht bei Stimmung!“ antwortete er. —  
„Komm, setz' Dich zu mir und erzähl' mir etwas Lustiges.“

Sie ließ sich neben ihm auf einen kleinen Schemel nieder  
— aber etwas Lustiges wollte ihr gar nicht einfallen.

„Muß man denn immer besonders bei Stimmung sein, um  
arbeiten zu können?“ — fragte sie nach einer kurzen Pause in  
schüchternem Tone.

„Allerdings — zum künstlerischen Schaffen gehört eine ge-  
wisse innere Aufregung, Begeisterung, Lust — eben was man  
Stimmung nennt.“

„Aber die armen Künstler, die arbeiten müssen, um zu le-  
ben — und es giebt doch auch große Talente darunter —  
müssen die so lange hungern, bis einmal zufällig die Stimmung  
kommt?“ fragte sie — etwas boshaft, ohne es eigentlich zu  
beabsichtigen.

„Die müssen sich dann eben zwingen und produzieren mit-  
telmäßiges Zeug.“ erwiderte Ignaz, während lebhafter Unmut  
sich auf seinen Zügen malte. — „Nebst dem, wenn Du etwa ge-  
kommen bist, um mir die Leuten zu lesen, möchte ich Dir doch  
gleich sagen, daß mir jede Tyranisierung und Schulmeisterlei  
verhaßt ist.“

„Ignaz — mein Gott — was habe ich denn getan?“  
rief sie bestürzt aufspringend. — „In diesem Tone hatte er zu  
ihr gesprochen. Ihre Augen fielen sich mit Thränen.“

„Aber er achtete nicht darauf.“

„Denkst Du, ich hätte nicht schon längst gemerkt, daß Du  
mich am liebsten von früh bis Abend vor der Staffelei stehen  
sahst?“ fuhr er überläufig fort. Dieses ewige Stacheln und  
Fragen ist mir wirklich recht lästig. Was der Grund ist, weiß  
ich nicht; — ob Dir meine häufige Gegenwart unbequem ist,  
oder ob Du glaubst, wir hätten nicht genug zu leben, wenn ich  
nicht wie ein Holzhacker arbeite.“

„Das ist empörend.“ rief Erna, während tiefe Jorneströme  
in ihrem Gesicht aufstammten — mir so niedrige Gefinnungen  
zuzutrauen, wo ich doch nur Dein Bestes will!“ — Aber  
gleich darauf bezwang sie sich und sagte in ruhigerem Tone  
hinzu: „Es thut mir leid, wenn ich Dich unabsichtlich verlegt  
habe, Ignaz.“

Ihr Entgegenkommen fand jedoch keine Erwiderung. Ignaz  
war zu schlecht gestimmt. Er hatte sich selbst schon den ganzen

Morgen über seine eigene Trägheit geärgert — nun kam seine  
Frau auch noch mit weifen Redensarten und Ermahnungen,  
statt ihm die Mißstimmung hinwegzuschergen, wie es einem hüb-  
schen jungen Weibe zukommt.

„Eine Entschuldigung in so herablassendem Tone hat gar  
keinen Wert.“ bemerkte er verächtlich. „Du verziehst eben  
absolut nicht, wie eine liebende Frau ihren Mann behandeln  
muß!“

Das war zu viel für Ernas mühsam bewahrte Selbst-  
beherrschung. Ohne ein Wort zu entgegnen, verließ sie das  
Atelier. Ein thränenreicher Vormittag! — Erst einen Monat  
verheiratet — und schon eine so häßliche Scene! — Als sie  
dann bei Tische saßen, ergriff Ignaz freilich sofort die  
Hand seiner Frau, drückte einen Kuß darauf und bat im weichsten,  
lieblichsten Tone: Sei nicht mehr traurig, mein Herz. Ich  
habe es ja nicht so böse gemeint. Du mußt meinem erregbaren  
Temperament etwas zu gut halten und nicht gar so empfindlich  
sein!“

Der Friede war somit geschlossen, aber eine gewisse Be-  
fangenheit, eine vorsichtige Scheu, ihre Ansicht offen heraus-  
zusagen, blieb doch bei Erna zurück. Es ist ein wahres Wort,  
welches sagt: „O brich den Faden nicht der Freundschaft  
rasch entzwei. Wird er auch neu geknüpft, ein Knoten bleibt  
dabei.“

Dies gilt für die Liebe, wie für die Freundschaft.

(Fortsetzung folgt.)

## Verchiedenes.

Berlin, 29. Mai. Heute Vormittag wurde im Hörsaal  
der Gewerbeausstellung der Deutsche Fischereitag unter  
Vorh. des Fürsten Hatzfeld-Trachenberg abgehalten. Fischerei-  
Interessenten aus allen Teilen Deutschlands waren erschienen; auch  
Böhmen und Holland waren vertreten. Als Vertreter des Land-  
wirtschaftsministeriums wohnte Oberregierungsrat Friedberg der  
Versammlung bei.

de Terra-Guben, Geavur Haag-Frankfurt a. M., sowie der Referent.

Schließlich gelangte eine von Prof. Harnack entworfenen Resolution zur Annahme:

Der evang.-soziale Kongress sieht in der Arbeitslosigkeit einen der schwersten, auch das religiöse Volksleben aufs tiefste berührenden Schäden unseres wirtschaftlichen Lebens und hält es für eine unerlässliche Aufgabe korporativer Vereine und Verbände, kommunaler und staatlicher Organe, wie der Gesetzgebung, an einer Einschränkung der Ursachen, wie der daraus entspringenden sittlichen und sozialen Schäden mitzuwirken, ohne den Sporn der eigenen Fürsorge für die Erhaltung der Person und der Familie aufzuheben. Zugleich hält der Kongress eine energiereichere Erörterung und Durchdringung des Problems für eine Hauptaufgabe wissenschaftlicher Wissenschaft und erblickt in den vom Referenten empfohlenen und in der Diskussion weiter hervorgetretenen Gesichtspunkten wertvolle Beiträge zur Klärung der schwierigen Frage.

Damit wurde dieser Gegenstand verlassen und Präsident Nobbe richtete herzliche Worte des Abschieds an die Versammlung. Er gab der Hoffnung Raum, daß die Verhandlungen des Kongresses nicht ohne Einfluß auf die öffentliche Meinung bleiben mögen.

Nachdem Hofprediger Dr. Braun ein Schlußgebet gesprochen und die Versammlung den Choral „Nun danket alle Gott“ gesungen hatte, wurde der Kongress geschlossen.

Die Spezialkonferenzen.

Im Laufe des Nachmittags fanden noch verschiedene Spezialkonferenzen in verschiedenen Sälen der Fiedersalle statt. Die erste derselben, welche im Kongressaal abgehalten wurde, war ebenso stark besucht, wie die Hauptversammlungen. Viele wachte auch bloße Neugierde hergetrieben haben, weil eine Dame das Referat hatte, nämlich Frau Geheimrat Lippmann-Berlin, welche über: „Die Tätigkeit der Frau in Gemeindegerechten“ sprach. Unter den Teilnehmern an dieser Versammlung befand sich auch Frau Oberbürgermeister Kämelin. Die Referentin kam nach eingehender Begründung zu folgenden Forderungen: 1) Die vielen brachliegenden Frauenkräfte sollen im Kommunaldienst nutzbar gemacht werden; 2) sie sollen dabei die Posten von Armen- und Waisenkommissionen erlangen können; 3) in den Schulkommissionen Sitz und Stimme finden; 4) im Gefängnis, 5) in weiblichen Juren und 6) in Unterhaltungsweisen tätig sein; 7) in den Krankenhäusern soll jedem leitenden Arzt eine Vorsteherin beigegeben werden. — An der sich dem Vortrag anreihenden Debatte beteiligte sich auch Oberbürgermeister Kämelin.

Gleichzeitig mit dieser Konferenz tagte eine zweite, in der Fabrikant Lehrer-Stuttgart über nationale Wohnungsreform referierte. Dieser Gegenstand hat bekanntermaßen auch in der Konferenz der evangelischen Arbeitervereine eine eingehendere Erörterung erfahren. — Die Freunde „der Hilfe“ versammelten sich im Palais Neumann ebenfalls zu einer internen Besprechung. — Zu der letzten Spezialkonferenz sprach Professor Dr. Klein über: Die Schule und die soziale Frage.

## Ausland.

### Oesterreich-Ungarn.

Wien, 29. Mai. Das Abgeordnetenhaus nahm in 3. Lesung die gesamten Steuerreformgesetze an, ebenso in 2. und 3. Lesung den Gesetzentwurf auf Herabsetzung des W a h l z e n s u s von 5 auf 4 Gulden, lehnte dagegen den Minoritätsantrag betr. Herabsetzung des Wahlzensus auf 3 Gulden ab. Das Haus verhandelte im weiteren die Dringlichkeitsanträge Queger und Houk betr. die Maßregelung der Studenten wegen der Kundgebungen gegen die Millenniumsfeier. Die beiden Antragsteller verlangen, die Regierung solle das Recht der freien Meinungsäußerung wahren. Dr. Queger ergreift sich in heftigen Angriffen gegen Ungarn. Die Regierung hätte sich gegen das Millennium neutral verhalten sollen; wer österreichischen Patriotismus habe, dürfe nicht zur Anstellung nach Budapest gehen. Jeder Deutsche, der mit den Judasmagaren patiiere, sei ein V e r r ä t e r an der Nation, nichtswürdig und ehrlos. Der Unterrichtsminister v. G e n t s h bezichtigt die Reden Hans's und Queger's als eine Summe heftiger Anschuldigungen gegen Ungarn; die Regierung sei dagegen stets zur Pflege freundschaftlicher Beziehungen mit Ungarn bereit, weil sie von der Notwendigkeit der Gemeinschaft der wichtigsten Staatseinrichtungen überzeugt sei. Die ungarischen Feiern gäßen alle in der Halbtagung für den erhabenen Monarchen (schärfster Beifall). Von einer Verfolgung der österreichischen Studenten könne keine Rede sein, nur von Bestrafungen, und zwar nicht wegen Verweigerung von Quellen mit Juden, sondern wegen der Motivierung eines diesbezüglichen Beschlusses, welche eine nachteilige Beschränkung der Juden enthält. Bezüglich der Ausweisung reichsdeutscher Studenten erklärt der Minister, das Gesetz reiche nur so weit, als es nicht taktlos verlegt wird. Der Minister bittet, nicht durch die Diskussion interner Universitätsverhältnisse den Frieden der Wiener Universität, wo jetzt wieder Ruhe und Ordnung herrsche, zu stören; man solle nicht jeden kleinsten Vorfall an der Universität sofort zu einem welterschütternden Ereignis aufbauschen und dadurch den Studenten eine maßlose Verherrlichung von ihrer Bedeutung beibringen. Man möge auch nicht die Universitätsbehörde angreifen, welche ihre Pflicht aufs korrekteste erfüllt habe. (Beifall.) Der Dringlichkeitsantrag wurde mit 75 gegen 43 Stimmen abgelehnt.

### Spanien.

Madrid, 29. Mai. Der „Tiempo“ will wissen, daß General Weyler auf seiner Entlassung bestohe. General Primo Rivera werde ihn als Gouverneur von Cuba ersetzen.

## Aus dem Großherzogtum.

Karlsruhe, 30. Mai. Eine mit dem Korrespondenzzeichen des Abg. Wacker versehene Notiz im „Reobachter“, demzufolge „wohl kaum ein Mitglied der Centrumsfraktion für den Karlsruher Kanal stimmen werde“, wird hier viel besprochen und lebhaft kommentiert. Wir können es vorerst nicht glauben, daß das Centrum, wie vielfach angenommen wird, die Sache als Parteisache behandeln wird. Auch deutet das einschneidende „wohl kaum“ darauf hin, daß entweder der Centrumsführer noch nicht alle seine Fraktionskollegen befragt hat, oder eine Anzahl derselben in ihrem Votum noch nicht schlüssig ist, soweit dasselbe nicht jetzt schon als z u s i m m e n d feststehen sollte. Würde das Centrum geschlossen gegen die Vorlage stimmen, so würde man zweifellos daraus auf liberaler Seite die Konsequenzen ziehen und man darf, ungeachtet der eingetretener Beurlaubung, wohl annehmen, daß in jedem Falle die Annahme der Vorlage gesichert ist. Wenn die Verhandlung der Regierungsvorlage als eine „schwache“ hingestellt wird, so ist man hier ganz anderer Meinung über dieselbe und findet, daß sie einige weitere Gesichtspunkte zu Gunsten des Projekts enthält, die sehr in's Gewicht fallen dürften. Wir erinnern nur an die lüftliche Verlegung des Fahrweges an das bayerische Ufer. Daß zwischen Rehl und Mannheim ein weiterer Hafen sein muß, ist einleuchtend und ebenso einleuchtend dürfte sein, daß dieser Hafen nur Karlsruhe sein kann. Es ist auch daran zu erinnern, daß das Ausblähen der Hauptstadt Karlsruhe an sich ein Landesinteresse ist, wie der Abg. Wacker selbst erst unlängst zurecht bemerkt. Wir erinnern auch daran, daß der Centrumsabg. Lautz in der Sitzung der Kammer vom 3. März, nachdem Minister Eisenlohr die noch ausstehenden Hafen- und Kanalbauten angekündigt, erklärte, daß die Nachforderungen „höchst wahrscheinlich auch genehmigt werden“. Wir geben also die Hoffnung nicht auf, daß auch eine Anzahl Centrumsmitglieder der Stadt Karlsruhe den Kanal, der ein Lebensinteresse für sie ist, bewilligen werden.

Karlsruhe, 29. Mai. Der Bericht der Budgetkommission über die Denkschrift, die Reform der direkten Steuern in

Baden betreffend, erstattet vom Abg. Hug, ist heute zur Verteilung gelangt. Derselbe gelangt, wie wir auswärtsigen Blättern entnehmen müssen, da uns der Bericht bis zur Stunde nicht zugegangen ist, zu folgenden Schlüssen:

In der Kommission sind die Vorzüge und Mängel der vorgeschlagenen Steuerreform (reformatorische Neubildung der Ertragssteuern in partielle Vermögenssteuern) sorgfältig gegen einander abgewogen und der Wert der Vorzüge als überwiegend anerkannt worden. Die Kommission hat sich daher mit den in der Denkschrift entwickelten Grundgedanken einverstanden erklärt. Da jedoch bei dem demalsten mäßigen Steuerfuß die unseren Ertragssteuern anhaftenden Mängel nicht so hart empfunden werden, da ferner nach der von der Regierung veranstalteten Untersuchung über die Belastung der landwirtschaftlichen Bevölkerung durch die Einkommensteuer und über die Beschaffung der Landwirtschaft in steuerlicher Beziehung eine erträgliche ist und durch den Schuldabzug, wenn auch die Beschaffung einen weiten Umfang und in manchen Gegenden einen hohen Grad erreicht hat, nur in beschränktem Maße gebessert werden könnte, so ist die Kommission der Ansicht, daß die rasche Verwirklichung der Steuerreform nicht geboten und die Regierung zur Vorlage des zur Durchführung der Reform nötigen Gesetzesentwurfes nicht zu drängen sei.

Gestützt auf das Vorgetragene beantragt die Kommission folgende Resolution:

Die zweite Kammer wolle die von der Regierung in der Denkschrift über die Reform der direkten Steuern in Baden ausgearbeiteten Grundgedanken annehmen und die Regierung ersuchen, im Sinne derselben einen Gesetzesentwurf, die Einführung einer Vermögenssteuer betreffend, anzuarbeiten und s. Zt. dem Landtag vorzulegen.

Im „Bad. Beob.“ lesen wir: „Der Archivar der Zweiten Kammer, Baurdirektor Bauer, hat um Veretzung in den Ruhestand gebeten unter Hinweis auf sein hohes Alter. Der hochbetagte Herr hat sich jedoch durch pflichttreuen Arbeitseifer hervorgetan und verdient alle Anerkennung dafür, daß er so lange angehalten hat, bis er an „Ruhe“ dachte. Seinem Gesuche wird gerüchertweise entsprochen werden müssen, gleichwohl wird er einwöchentlich noch „im Dienst“ verbleiben. Der Amtsnachfolger hat die Kammer in der Weise zu besellen, daß der Kammerpräsident einige Bewerber vorschlägt, unter welchen die Kammer einen auswählt, der Posten ist jeweils ein viel begehrt.“ — Nach demselben Blatt hat die Budgetkommission gestern ihre erste Beratung der Kanal- und Hafenvorlage gehabt.

Am 5. Juni wird vor der Strafkammer III. in Mannheim in der ao. Professor des Strafrechts an der Universität in Heidelberg, Dr. v. Kirchenheim, wegen angeblicher Verletzung der Justizbehörden erscheinen. Die Veranlassung dazu bot, so schreibt das „Heidelb. Tagbl.“, die bekannte Thätigkeit deselben in der Reformbewegung für das Freirecht. Nachdem durch seine Vermittlung die entmündigte Frau Ott aus Mosbach ihr 5 Jahre hindurch entzogenes Eigentum, sowie die Abhebung des ihr feindlichen Vormundes erlangt hatte, was im gewöhnlichen Zustande zu erlangen nicht möglich gewesen war, wandte sich Professor v. K. auf dringendes Bitten an den neuernannten Vormund in Mosbach, um die Möglichkeit der Aufhebung der Entmündigung oder zunächst nur der Überführung der Vormundschaft nach Heidelberg herbeizuführen. Dem betreffenden Antragsentwurf und mehreren Briefe erhielt der Vormund von Prof. v. K. unter der ausdrücklichen Bedingung der Rückgabe der Originale zu den Handakten des Prof. v. K. Was geschah aber nun? Diese Schriftstücke gab der Vormund vertrauensvoll dem Amtsrichter Sauter in Mosbach in die Hand. Dieser aber gab sie auch nach wiederholter Aufforderung durch den Vormund, wie dieser schriftlich bestimmt hat, nicht zurück. Darauf machte Prof. v. K. bei der Staatsanwaltschaft Anzeige, die Staatsanwaltschaft aber lehnte ein Einschreiten ab. Da es Prof. v. K. nicht so sehr um die Strafverfolgung als um die Herausgabe der Schriftstücke zu thun war, wandte er sich nach Besprechung mit anderen Sachmännern im Dienstaufsichtsbereich an den vormaligen Präsidenten des Landgerichts in Mosbach. Diese Eingabe enthielt folgende Sätze: „Lange meine Auffassung von der strafbaren Handlungsweise zu wiederholen, spreche ich hier nur den Wunsch aus, daß die Korrespondenz zwischen mir und einer Privatperson nicht in den Händen einer Behörde bleibt, der ich nach allem Vorangegangenen nicht den rechten für meine Klienten nützlichen Gebrauch zutrauen kann. Ich bitte daher um Rückgabe der meines Geschäftes nur durch unrechtmäßiges Handeln erlangten vertraulichen Schriftstücke.“ Diese Sätze sind nun zum Ausgangspunkt eines strafrechtlichen Verfahrens gegen Prof. v. K. genommen worden.

Heidelberg, 29. Mai. Nach dem soeben erschienenen Universitäts-Direktionsbuch beträgt die Zahl der Studierenden in diesem Sommersemester 1903. Davon sind 444 Juristen, 227 Mediziner, 102 Philosophen, 267 der naturwissenschaftlich-mathematischen Fakultät Angehörige. 187 Studenten gehören dem Ausland an. Unter dem Lehrpersonal sind neu: Prof. Dr. Passow (Ohrheilkunde), Dr. A. Schaffenburg (Psychiater), Dr. Jung (Leiter des gynäkologischen Instituts), Prof. Dr. Hoops (Physiologie).

Baden, 29. Mai. J. S. O. die Kronprinzessin von Schweden und Norwegen wird Ende Juni nochmals zum Besuch bei ihren hohen Eltern erwartet.

Oberrhein, 28. Mai. Heute verließ uns Herr Professor Leonhard Müller, um seiner Berufung an die große Oberrealschule in Karlsruhe zu folgen. Durch seine außerordentliche Ausdauer und seine hervorragende Gabe, die Schüler zu unterrichten, brachte er die hiesige Privatschule auf ihre jetzige Höhe. Seine Höflichkeit mußte er für's Vaterland zu bezeugen und zu acht deutschen vaterlandsliebenden Männern herauszubilden. Besondere Verdienstleistungen fanden bei ihm die minder bemittelten Eltern und auf seine Anregung wird es zurückzuführen sein, wenn in Spätjahr schon, wie es wahrscheinlich ist, die Privatschule als Gemeindeanstalt und zwar als erweiterte Realschule weiter geführt werden wird. Als Mann von geradem Willen und tüchtigem Charakter, wie als guter Gesellschafter war Prof. Müller allgemein beliebt. Für seinen ferneren Wirkungsbereich begleiten ihn und seine Familie die besten Wünsche.

Maulburg, 29. Mai. Ueber das Vermögen des hiesigen Landwirts und Altbürgermeisters Trimler wurde der Konkurs verhängt. Trimler ist seit Dienstag früh flüchtig und konnte seine Spur bis zum Zentralbahnhof Wasel verfolgt werden; doch dürfte der gegen ihn erlassene Haftbefehl ihn bald erreichen, da er aller Berechnung nach wenig Barmittel in Besitz haben wird. Trimler wird verfolgt wegen Unterschlagung eines ihm zur Verwaltung anvertrauten Vermögens von 10000 M. und anderer Veruntreuungen. Seine Schuldenlast dürfte 60000 M. übersteigen. Obwohl schon vor 5 Jahren gegen Trimler Untersuchung wegen unregelmäßiger Verwaltung der hiesigen Kreditkasse und wegen Veruntreuung, die allerdings verjährt war, geführt wurde, beliedigte er bis heute die Vorstandsstelle genannter Kasse und des hiesigen landw. Konsumvereins, war auch Mitglied des Vorstandes des landw. Bezirksvereins und der Farnschaukommission. Trimler war selbst vermöglich und erhielt von seiner Frau, die schwer krank gestern in's Spital nach Schopfheim gebracht wurde, ein bedeutendes Vermögen. Spekulation in Aktienlose re. dürften Grund zu dem Vergehen Trimlers bilden und seine politischen Freunde — er war eine Säule des Freisinn im Thal — dürften starke pekuniäre Verluste haben, die leider auch einige weniger bemittelte Existenzen treffen.

## Sch. Ueber den relativen Bildungswert der philologischen und der mathematisch-naturwissenschaftlichen Unterrichtsfächer der höheren Schulen.

Es war ein eigenartliches Zusammentreffen, daß mir gerade als ich mit dem Lesen der Kammerverhandlungen über die Berechtigungen der Oberrealschule beschäftigt war, von buchhändlerischer

Seite ein neuerlyenes Werk zugefandt wurde, in welchem sich neben vielen andern Interessanten auch ein Vortrag veröffentlicht findet, der obigen Titel trägt. Der Verfasser dieses Werkes ist der bekannte Lehrer und Gelehrte Ernst Mach, der 1888 geboren, von 1864-67 als ordentlicher Professor für Mathematik an der Universität Graz, dann für Physik in Prag thätig war und im vorigen Jahr einer Berufung als Professor der Philosophie an die Universität Wien folgte. Mach nimmt in dem angeführten Vortrag Stellung in dem Streit zwischen Gymnasium und Realschule, und zwar in ganz entschiedener, ja sogar manchmal scharfer Weise gegen das Gymnasium. Wir wissen wohl, daß, wenn man die in Rede stehende Frage durch einen Majoritätsbeschluss von Autoritäten zum Austrag bringen wollte, das Gymnasium weit mehr Stimmen erhielte, und finden dies auch ganz natürlich. Denn gar viele haben nur sprachlich-klassische Bildung erhalten und noch größer ist die Zahl derer, welche in dem Vorurteil unserer Zeit allzu befangen sind, daß klassische Bildung allgemeine Bildung sei. Daß dies ein Vorurteil sei, weiß Mach mit aller Schärfe nach. Wir wollen unsere Ansicht durchaus nicht in allen Punkten mit der seinigen identifizieren; namentlich denken wir nicht gar so schlimm über das Gymnasium und den gymnasialen Unterricht. Wir wollen daher durchaus nicht eine Unterdrückung oder wesentliche Minderung des Gymnasiums. Wir denken aber ebenjohoch wie er über den Wert der mathematisch-naturwissenschaftlichen Unterrichtsfächer, und deshalb wollen wir gleiches Recht für die philologische und die mathematisch-naturwissenschaftliche Bildung, gleiches Recht für Gymnasium und Oberrealschule.

Da es nicht gut möglich ist, in der Kürze ein Referat über den in Rede stehenden Vortrag zu geben, so beschränken wir uns auf die wörtliche Wiedergabe einiger einzelnen Sätze und Abschnitte und müssen jeden, der sich näher für die Sache interessiert, auf das Original verweisen.

Wollte man aus der Existenz solcher Termini die Notwendigkeit ableiten, auch heute noch lateinisch und griechisch zu lernen, für sich, der sie gebraucht, so müßte diese Folgerung doch als eine sehr weitgehende erscheinen. Alle Bezeichnungen, ob sie passend und unpassend sind — und es giebt in der Wissenschaft genug unpassende und ungeheuerliche — beruhen auf Uebereinkunft. Daß man an das Zeichen genau die bezeichnende Vorstellung knüpft, darauf kommt es an. Es wird wenig daran liegen, ob jemand das Wort: Telegraph, Tangente, Ellipse, Exolute u. s. w. philologisch richtig ableiten kann, wenn ihm nur beim Gebrauch des Wortes der richtige Begriff gegenwärtig ist. Weiß er andererseits die Ableitung noch so gut, so nützt ihm dieselbe gar nichts ohne die richtige Vorstellung. Man verusche doch, sich von einem guten Durchschnittsphilologen einige Zeilen aus Newtons „Prinzipien“ oder aus Jungheims „Horologium“ überlegen zu lassen, und man wird sofort sehen, welche höchst untergeordnete Rolle in diesen Dingen die bloße Sprachkenntnis spielt. Jeder Name bleibt eben ein Schall ohne den gehörigen Gedanken. Die Mode, lateinische und griechische Termini zu verwenden — denn nicht anders kann man's nennen — hat ihren natürlichen historischen Grund; sie konnte auch nicht plötzlich verschwinden, ist aber schon sehr im Abnehmen begriffen. Die Bezeichnungen: Gas, Ohm, Ampère, Volt u. s. w. sind auch international, aber nicht mehr lateinisch und griechisch.

Es kann kein Zweifel bestehen, daß unsere moderne Kultur — die antike angeht — hat, daß diese sogar mehrmals stattgefunden hat, daß vor Jahrhunderten die Ueberreste der antiken Kultur, die einzige überhaupt in Europa vorhandene Kultur darstellten. Damals war gewiß die philologische die allgemeine Bildung, die höhere Bildung, die ideale Bildung, denn sie war die einzige Bildung. Wenn aber jetzt für dieselbe noch der gleiche Anspruch erhoben wird, so muß dieser als durchaus ungedrehtigt mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen werden, denn unsere Kultur ist doch allmählich eine ganz selbständige geworden; sie hat sich weit über die antike erhoben, und überhaupt eine ganz neue Richtung eingeschlagen. Ihr Schwerpunkt liegt in der mathematisch-naturwissenschaftlichen Auffassung, die nicht nur die Technik, sondern auch nach alle Gebiete, selbst die philologischen und historischen Wissenschaften, die Sozial- und Sprachwissenschaften durchdringt. Was an Spuren antiker Anschauungen in der Philosophie, im Rechtsleben, in Kunst und Wissenschaft noch zu finden ist, wirkt mehr hemmend als fördernd, und wird sich gegenüber unseren eigenen Ansichten auf die Dauer nicht halten können.

Daß aber deshalb (weil nämlich einige Berufsbezüge Latein und Griechisch brauchen) unsere ganze nach höherer Bildung strebende Jugend in so unmaßiger Weise Lateinisch und Griechisch treiben muß, daß deshalb die angehenden Mediziner und Naturforscher mangelhaft gebildet, ja verblödet, an die Hochschule kommen müssen, daß sie nur von jener Schule kommen dürfen, welche ihnen nicht die nötige Vorbildung zu geben vermag, das sind doch etwas starke Folgerungen.

Ueberblicken wir noch einmal die Argumente, welche für den Unterricht in den antiken Sprachen in die Waagschale geworfen werden, so müssen wir sagen, daß dieselben größtenteils überhaupt nicht mehr gelten. Soweit aber die Ziele, welche dieser Unterricht verfolgen könnte, noch erstrebenswert sind, erweisen sie uns als zu beschränkt, als ebenso einseitig und beschränkt aber auch die Mittel, welche verwendet werden. Fast als einziges und wertvollstes Ergebnis dieses Unterrichts werden wir eine größere Gewandtheit im Ausdruck zu betrachten haben. Wollte man behaupten, so könnte man sagen, daß unsere Gymnasien erwachsene Menschen erziehen, die sprechen und schreiben können, aber nicht viel zu berichten wissen. Von dem freien unpassenden Blick, von der gerühmten allgemeinen Bildung, welche dieser Unterricht erzeugen soll, werden wir kaum im Ernst sprechen können. Vielleicht würde diese Bildung richtiger die einseitige oder beschränkte heißen.

Gewiß kann nun die Beobachtung auch an sprachlichen Stoffen geübt werden. Niemand wird aber behaupten, daß die konkreten lebendigen Bilder, welche in den vorhin bezeichneten Gebieten (gemeint sind die Naturwissenschaften) auftreten, ganz anders angehend auf den jugendlichen Geist wirken werden, als die abstrakten Schattengestalten, welche der sprachliche Stoff bietet, und denen die Aufmerksamkeit gewiß nicht so spontan und also nicht mit gleich großem Erfolg sich zuwenden wird.

Wie kommt es doch, müssen wir uns fragen, daß etwas so Ungeheuerliches, wie die Gymnasialeinrichtung sich so lange gegen die öffentliche Meinung halten konnte? Die Antwort ist einfach. Die Schulen waren erst eine Unternehmung der Kirche, nachher, seit der Reformationszeit, eine Staatsunternehmung. Solche große Unternehmungen bieten manche Vorteile. Dem Unterricht können Mittel zugeführt werden, wie sie eine Privatunternehmung (wenigstens in Europa) kaum aufbringen würde. Es kann in vielen Schulen

E. Mach, Populär-wissenschaftliche Vorlesungen. Leipzig, J. A. Barth, 1896. Preis 5 M. Die einzelnen Thematika lauten: Die Gestalten der Flüssigkeit. — Ueber die Cortischen Fasern des Ohrs. — Die Erklärung der Harmonie. — Zur Geschichte der Musik. — Ueber die Schwingigkeit des Lichtes. — Was hat der Mensch mit Augen? — Die Symmetrie. — Ueber die Grundgesetze der Elektrodynamik. — Ueber das Prinzip der Erhaltung der Energie. — Die atomistische Natur der physikalischen Forschung. — Ueber Umwidmung und Anwendung in der wissenschaftlichen Denken. — Ueber das Prinzip der Vergleichung in der Physik. — Ueber den Einfluß zufälliger Umstände auf die Entwicklung von Erfindungen und Entdeckungen. — Ueber den relativen Bildungswert der philologischen und der mathematisch-naturwissenschaftlichen Unterrichtsfächer der höheren Schulen. — Der größte Teil dieser Vorträge, welche in den letzten 30 Jahren gehalten und in verschiedenen Zeitschriften niedergelegt sind, ist voriges Jahr in englischer Uebersetzung in Chicago veröffentlicht worden. Nun liegt auch die deutsche Ausgabe vor. — Der hier besprochene Vortrag wurde im Jahre 1896 in Dortmund auf Einladung des deutschen Realschulmännervereins gehalten.

nach demselben Plan gearbeitet werden. . . . Allein die Sache hat auch ihre Schattenseite. . . . Durch die Uniformität der Volkserziehung wird ein einmal geltendes Normen in Permanenz erhalten. Die höchste Intelligenz und der kräftigste Wille vermöchte nicht, daselbe auf einmal zu brechen. Ja, da alles dieser Anschauung angepasst ist, so wäre eine plötzliche Wandlung auch materiell unmöglich. Eben die beiden, den Staat fast noch allein regierenden Stände, die Juristen und Theologen, kennen nur die einseitige vorwiegend philologische Bildung, welche sie in der Staatschule erworben haben, und wollen nur diese geachtet und geschätzt wissen. Andere nehmen aus Beichtgläubigkeit diese Meinung an. Andere beugen sich, ihren eigenen Wert für die Gesellschaft unterschätzend, vor der Macht der herrschenden Meinung. Wieder andere ästhetisieren die Meinung der herrschenden Stände, um mit diesen auf gleicher Stufe der Achtung zu bleiben. . . . Darüber können wir nicht im Zweifel bleiben, daß die Gymnasien in ihrer gegenwärtigen Form längst nicht mehr bestehen würden, wenn der Staat sie nicht gehalten hätte. Diese Dinge müssen sich nun ändern. Sie werden sich nicht von selbst, nicht ohne unser kräftiges Zutun und jedenfalls nur langsam ändern. Der Weg ist aber vorgezeichnet. Die Volkserziehung muß auf die Schulgesetzgebung größer und stärkeren Einfluß nehmen. So weit nach. Nun, unsere Volkserziehung hat bereits wiederholt zu der uns hier angehenden Frage Stellung genommen und sich zu Gunsten der Realschulen geäußert. Daß man nicht gleich auf einmal der Oberrealschule alle Rechte des Gymnasiums einräumen will und kann, finden auch wir durchaus selbstverständlich. Hoffen wir, daß unsere Regierung bald ihren abweichenden Standpunkt aufgibt und den Wünschen der Kammer Rechnung trägt.

### Aus der Residenz.

Karlsruhe, 30. Mai.

**Hofbericht.** S. K. G. der Großherzog empfing gestern Vormittag den Präsidenten des Souveränen Obertribunals, Dr. Wieland, den Hofgerichtsrat Freiherrn v. Schilling und den Staatsrat Dr. Buchenberger zum Vortrag. Hierauf meldete sich der Generalleutnant von der Milbe, Kommandeur der 19. Division, bisher Kommandeur der 57. Inf.-Brig., der Oberstleutnant Reichwald, etatsmäßiger Stabschef im Inf.-Regt. Markgraf Ludwig Wilhelm (S. Bad.) Nr. 111, bisher Bataillonkommandeur im Gren.-Regt. König Friedrich III. (I. Ostpreussische) Nr. 1, der Major Thiergartner-Trimmold, Eskadronchef im Magdeburgerischen Drag.-Regt. Nr. 6, bisher Eskadronchef im 2. Bad. Drag.-Regt. Nr. 21, der Hauptmann Willmann, Komp.-Chef im Inf.-Regt. von der Marwitz (S. Kommerzien) Nr. 61, bisher Komp.-Chef im Inf.-Regiment von Lihov (I. Rhein.) Nr. 25, der Hauptmann von Boddien vom Garde-Inf.-Bat., komm. als Adjutant der 23. Division, bisher Kompagniechef in obigen Bataillon, sowie der Sel.-Lieut. Gode von S. Bad. Inf.-Reg. Nr. 113. Gegen 1 Uhr empfingen S. K. G. der Großherzog und die Großherzogin den Generalleutnant Grafen von Blumenthal, welcher mit Höchstselben feierliche (wie schon mitgeteilt), Nachmittags nach Berlin weiterreiste. S. K. G. der Großherzog hörte von 4 Uhr an die Vorträge des Geh. Rats von Regenauer, des Legationsrats Dr. Freyh. v. Babo und des Legationssekretärs Dr. Sepb.

**S. K. G. der Großherzog** wird sich am Sonntag früh nach Oppau begeben, um daselbst dem Gauverbandsfest des Militärvereins anzuwohnen. Am Montag wird der Großherzog die Truppen der Garnison Kolmar inspizieren und am Dienstag wieder hierher zurückkehren. Die Großherzogin begibt sich heute auf 2-3 Tage nach Neuweid zum Besuch der Königin von Schweden und Norwegen. Die Ueberführung des Großf. Paares nach Baden-Baden dürfte wohl erst nach dem 12. Juni erfolgen, an welchem Tage die Gebeine des verstorbenen Prinzen Ludwig in das neu erbaute Mausoleum übergeführt werden.

**Ein ehemaliger Liebhaber des Karlsruher Theaterpublikums**, der Oberregisseur des Stuttgarter Hoftheaters, Herr Carlacher, feierte in dieser Woche in Stuttgart sein 25jähriges Jubiläum. Vor Beginn der Vorstellung beglückwünschte, wie der „Schw. Merck.“ berichtet, Hoftheaterintendant Herr zu Putlitz den Jubilar und teilte mit, daß Carlacher vor 25 Jahren zum ersten Male auf der Karlsruher Hofbühne als Schybe in „Pygmalion auf Tauris“ auftrat, was für sein ganzes Leben wegweisend war, indem er sein Talent stets am liebsten in den Diensten der Kaiserin stellte, wenn er auch seiner Dienstpflicht folgend, ganz besonders Wagner's Werke dem Publikum vorführen mußte. Als darstellender Künstler hat er in „Don Juan“ den Masetto, in „Barbier“ den Bartolo mit künstlerischer Echterkeit und im Schauspiel den Bruder Martin und Missethäter mit einfaches Natürllichkeit gespielt, Darstellungen, welche dem Karlsruher Publikum unvergessen bleiben. Als Mensch sei Carlacher gegen alle zuverläßig, gerecht, wohlwollend, und deshalb auch geliebt, geachtet von jedermann. Sodann erinnerte Herr zu Putlitz mit ganz besonderer Wärme an das Wirken Carlacher's in Karlsruhe, während der Zeit, in der der Vater des Herrn zu Putlitz das Karlsruher Hoftheater leitete. Im Namen des Königs wünschte v. Putlitz dem Jubilar ebenfalls Glück; zum Zeichen der Anerkennung ließ ihm der König eine goldene Medaille mit dem I. W. und der Krone, das erste mit Saphiren besetzt, überreichen. Namens der sämtlichen Mitglieder überreichte Köhner einen großen silbernen Lorbeerzweig, der unten mit einer Schleife zusammengehalten ist, auf der die Widmung eingraviert ist; ferner wurde eine Urkunde in blauem Sammet übergeben, mit den sämtlichen Stücken, in denen der Jubilar als Sänger, Schauspieler und Regisseur gewirkt hat. Von Karlsruhe, wo Carlacher 22 Jahre ununterbrochen gewirkt hat, wurden ihm besonders zahlreiche Aufmerksamkeit zu teil. So erzeute ihn Frau Baronin zu Putlitz mit der Widmung eines silbernen Papiermessers, dessen Griff ein goldenes Lorbeerblatt schmückt, ein silbernes Trinkbesteck als Erinnerung an ein tragikomisches Ereignis im Hause Putlitz war beigestiftet.

**Internationale Ausstellung Baden-Baden 1896.** Um mehrheitlich laut gewordenen Wünschen zu entsprechen, wird Herr F. M. Galla, Direktor der am 15. August d. J. in Baden-Baden zu eröffnenden Ausstellung für Hygiene, Volksernährung, Armeverpflanzung, Sport und Fremdenverkehr in Verbindung mit einer Spezialausstellung für badisches Kunstgewerbe, nächsten Diensta. 2. Juni in dem Sitzungssaal der hiesigen Handelskammer morgen von 9-12 und nachmittags von 3-6 Uhr in Bezug auf die Ausstellung zu sprechen sein. Hierauf werden diejenigen Firmen, welche sich an der fraglichen Ausstellung beteiligen wollen und irgend welche Auskünfte wünschen, aufmerksam gemacht.

### Rechtspflege.

**Mannheim, 29. Mai.** Einen freien Heiratschwindel führte der 27 Jahre alte Schriftsteller Karl Franz Hermann Wilhelm von Lentz aus. Durch das Versprechen, sie ehelichen zu wollen, bestimmte er das Dienstmädchen Marie Weidgenannt, das er im Januar d. J. kennen gelernt hatte, dazu, daß das Mädchen eine Wohnung mietete, die vierteljährliche Miete von 67 M. vorausbezahlt und für 700 M. Möbel anschaffte, welche sie nachher mit einem Schaben von 300 M. verkaufen mußte. Seine Angaben, sein Vater sei früher Gutsinspektor gewesen und wohne jetzt in Ravensburg, er bekomme 20000 M. Vermögen und könne von seinen Eltern Geld erhalten, so viel er wolle, waren erlogen. Der Angeklagte trieb seine Frechheit so weit, nicht nur mit dem Mädchen auf's Standesamt zu gehen, sondern sie auch noch zu einer Stelle nach Ravensburg zu bestimmen, wo er sie seinen Eltern vorstellen wollte. Das Vergehen mußte natürlich die Weidgenannt bestrafen. Dort war der Name jedoch ganz unbekannt, weshalb Wilhelm vor neuerdings vorfinden sollte, seine Eltern wollten sie nicht sehen. In Ravensburg beschwindelte der Bursche noch den Schriftsteller Ernst

Gauffer um 2 M. und die Armenfondsvorwaltung um 10 M. Weitere Schwindelversuche bei Polizeikommissar Holz und Schriftführer Kaupheimer blieben erfolglos. Der Angeklagte erhielt 1 Jahr 6 Monate 3 Wochen Gefängnis.

### Stimmen aus dem Publikum.

P. Nr. 124 II. Blatt der „Bad. Landeszeit.“ ist unter den „Stimmen aus dem Publikum“ ein Artikel vom „Schwarzwaldb.“ erschienen, der sich hauptsächlich mit der vom Schwarzwaldberein in Angriff genommenen Vereinskarte im Maßstab von 1:50000 befaßt. Wir sind in der Lage, dem Artikelschreiber mitteilen zu können, daß sich die Herstellung der einzelnen Blätter nach den Revisionen der bezüglichen Blätter der badischen topographischen Karte im Maßstab von 1:25000 richten muß, die uns Dank des freundlichen Entgegenkommens der betr. Großh. Behörde zur Verfügung ausnahmsweise überlassen wurde mit der Bedingung, daß eine wirklich gute Touristenkarte erstellt werde. Um aber auch letzteres ausführen zu können, bedarf es außer einer sehr eingehenden Bearbeitung durch einen tüchtigen Kartographen, auch der Mitarbeit der einzelnen Sektionen und ihrer Freunde. Von der Lieferung des Materials wird auch die rechtzeitige Fertigstellung der einzelnen Blätter bedingt. Es war ursprünglich beabsichtigt, die Blätter der Reihe nach anzufertigen, was jedoch aus oben angegebenen Gründen, mehr aber noch aus Rücksicht auf die von einzelnen Sektionen herausgegebenen Karten ihres Sektionsbezirks unterlassen wurde. Für das Gebiet des hohen Schwarzwalbes war bereits eine sehr gute und sorgfältig bearbeitete Touristenkarte vorhanden, gleichwohl wurden die Vorarbeiten des Blatt (7) Freiburg, für welches allein die Revision der badisch-topographischen Karte vollzogen ist, durchgeführt und kann demnach mit dem Stich dieses Blattes begonnen werden. Wir laden den betreffenden Artikelschreiber ein, der Hauptversammlung des Schwarzwaldbereins am 31. d. M. in Staufen beizuwohnen, wo ihm Gelegenheit gegeben wird, sich noch genauer über die fragliche Angelegenheit zu unterrichten.

**Freiburg, 29. Mai.** Hr. Herr (Korrespondent in Nr. 124 II ist entschieden im Irrtum, wenn er meint, „das Begehren auf dem Schwarzwaldb.“ sei in wünschenswerter Ausdehnung so ziemlich vollendet. Es ist im Gegenteil in dieser Beziehung noch ungenügend viel zu wünschen; wir sind an außerordentlich vielen Stellen nur auf die vorhandenen Wirtschaften angewiesen, die nicht zu touristischen Zwecken erbaut worden sind, und nach alter Bäter Sitte auf- und abgehen, auch auf Schäten, den der Wanderer doch auch wünschen muß, gar keine Rücksicht nehmen. Und noch viel weniger auf solche Ansehenspunkte, die noch in Wäse zu erschließen sind, insbesondere auch durch Tüme, denen der Herr (Korrespondent gar nicht wohl will. Leider kosten sie viel Geld, aber das Bedürfnis dazu ist nun einmal vorhanden. Man muß eben für alles im Schwarzwaldberein zu sorgen bestrebt sein, insbesondere für Lokalbedürfnisse; das hält den Verein zusammen.

### Kunst und Wissenschaft.

**Karlsruhe, 30. Mai. (Groß. Hoftheater.)** Wie am Donnerstag beim Abschied unseres hochgeschätzten Baritonisten Corde, so war auch gestern beim Abschied unserer prima ballerina Fraulein Mario das Haus bis auf den letzten Platz besetzt. Als Alceste in Bizet's „Djanisch“ und als „Puppenfee“ trat Frä. Mario zum letzten Male vor das hiesige Publikum. Auch ihr wurde ein herzlicher, ehrenvoller Abschied bereitet. Nicht weniger als 15 Kränze, teilweise mit prachtvollen Schleifen, 3 Bouquets und ein herrlicher Blumenkranz waren Zeichen der Sympathie und der Anerkennung, welche unsere erste Solotänzerin sich erworben. Nach der Vorstellung der „Puppenfee“ mußte der Vorhang sich ungezähltemale heben, um es der scheidenden Künstlerin zu ermöglichen, die Beifallsenden des Publikums entgegenzunehmen.

### Verschiedenes.

**Gaggenau, 28. Mai.** Ein eigentümliches Verwahrungsobjekt, ein Bar, befindet sich jetzt hier. Aus dem Fischen des Badstubs in Rothensfeld wurden nach dem „R. L.“ ca. 20 Forellen von 2 Bärenreibern und 2 Sittleren gefangen. Die Fische sind hinter Schloß und Riegel und nun muß der Bar so lange verwahrt werden, bis die Bärenreiber aus der Haft entlassen werden.

**Wiesbaden, 29. Mai.** Umweit der Station Chausseehaus bei Wiesbaden wurde eine Radfahrerin blutüberstrickt mit aufgefunden. Man weiß nicht, ob ein Unfall oder ein Verbrechen vorliegt. (Berl. Tzbl.)

**Paris, 28. Mai.** Emile Zola erhielt aus Anlaß seines Romans „Rom“ von einem Papstboten, der im Vatikan eine hohe Stellung einnimmt, einen Brief, der die interessante Mitteilung enthält, daß Papst Leo XIII. den Kardinal Gotti bereits als seinen Nachfolger bezeichnet und sich für die Sicherung der Wahl Gotti's sehr thätig eingesetzt habe. — In Loos (Depart. Pas de Calais) kam es vorgestern Abend während der russischen Demonstrationen zu einer argen Auseinandersetzung zwischen den Patrioten und den Sozialisten. Die Exzessen veranlaßten zur Feier der Krönung des Zaren einen Fackelzug; die Sozialisten wollten denselben führen, sie pfliffen, schrien und bewarfen die Fackelträger mit Steinen. Es entstand ein allgemeines Handgemein, bei dem zahlreiche Personen, darunter auch Gensdarmen und Voligisten, arg verletzt wurden.

**London, 30. Mai. (Tel.)** Lord Salisbury, der sich gestern Nachmittag auf einer Ausfahrt nach Hatfield befand, ging die Pferde durch. Die Pferde wollten über einen Baum springen. Salisbury's Begleiter sprangen aus dem Wagen. Der Premierminister wurde heftig zu Boden geschleudert; demnach befindet er darauf, die Fahrt in einem anderen Wagen fortzusetzen.

### Handel und Verkehr.

**Mannheim, 29. Mai. (Produktenbörse.)** Weizen für Mai 15.35, für Juli 15.10, für Nov. 14.70, Roggen für Mai 12.45, Juli 12.45, Nov. 12.45, Hafer für Mai 12.80, Juli 12.80, Nov. 12.50, Mais für Mai 9.—, Juli 9.—, Nov. 9.30. Tendenz: Ruhig. Auf Packungen konnte November-Weizen M. 1 per 1000 Kilo anziehen, während übrige Artikel umgelegt blieben.

**Mannheim, 29. Mai. (Effektenbörse.)** An der heutigen Börse wurden umgelegt: Hypothekendarlehen 165 1/2 pSt. und Mannheim'scher Dampf-Schiffahrts-Aktien 121 1/2 pSt. Gleichsam Bremer-Aktien waren 169 1/2 bis 170 pSt. im Verkehr. Sonst notieren: Pfälz. Bank 130 bez. u. G., Westfälische Aktien 165 1/2 bez. (+ 1 pSt.), Dörfel-Aktien 101 bez. (- 1 pSt.), Pfälz. Bankener Geiselt u. Höhe 123 1/2 bez. u. G. (+ 1/4 pSt.), Mannheimer Versicherungs-Aktien 62 1/2 bez. u. G., Emaillierwerke Mannheim 134 bez. (+ 3/4 pSt.).

**Frankfurt, 29. Mai. (Börsenbericht.)** Von der Wiener Börse, welche günstige Verhältnisse der Nordwestbahn stimulierten, ließen heute wieder feste Notierungen ein, auch Berlin meldete günstige Tendenz für Montagsmärkte auf die befristenden Absatzverhältnisse, und dadurch zeigte auch der hiesige Markt anfänglich recht gute Haltung. Italiensische Werte konnten sich wieder erholen und Argentinier setzten ihre aufwärts gerichtete Bewegung fort. Die Festigkeit hielt jedoch nicht Stand, die Spekulation zeigte bald wieder das Bedürfnis, Realisationen vorzunehmen, und dadurch bröckelten die Kurse auf den meisten Gebieten ab. Recht schwach lagen heute Prince Henri-Aktien, die in den letzten Tagen ohne erkennbaren Grund gefeigert wurden und in denen jetzt Realisationen vorgenommen worden sind. Auch Amerikanische Rail Roads waren matter. Privatdiskonto 3 Proz.

**Frankfurt a. M., 29. Mai.** Umsätze bis 6 Uhr 15 Minuten. Kreditaktien 202 1/2, 1/4 b. Distonto-Romm. 206.45, 50 b. Handels-gesellschaft 145.50 b. Dresdener 156 b. Deutsche Bank 186.50 b. Banque ottomane 112.10 b. Staatsbahn 290 1/2 b. Lombarden 80 1/4 b. Meridional 126, 10 b. Gotthard 174.50 b. Central 140.20 b. Nordost 139.20 b. Union 92.80 b. Jura-Simplon 108.80, 10 b. G. Wärsleben 141 b. Bochumer 158.00 b. Gelsenkirchen 167.80 b. Sibirien 174.50 b. Harpener 158.25 b. Baurath 154.90 b. Belco 91.50, 80, 50 b. Scheibebank 272.80 b. Wiener Elektriz. 135.20 b. Intern. Bau P.-A. 180.80 b.

Börsel 105.70 b. Elektr. Untern. Zürich 120.70 b. Lloyd 118.90 b. Edison 242.80 b. Ungar. Elektr. 105 b. Lothringer 47.40 b. Italiener 86.75 b. Meritaner 26.10 b. Argentinier 65.40 b., do. innere 55.50 b., do. äußere 56 b. Chinesen 102.06 b. Portugieser 27.40 b. Kurse von 6 Uhr 30 Min. Staatsbahn 299.

**Berlin, 29. Mai.** Weizen für Mai 157.25, für Sept. 146.75, Roggen für Mai 114.50, für Sept. 117.—, Rüböl hier 45.20, für Mai 45.—, für Okt. 45.50. — Spiritus 50er hier —, 70er hier 83.60, für Juli 83.40, für Sept. 83.70. — Hafer für Mai 126.—, für Sept. —, — Petroleum hier 19.50. — Weizenmehl hier Nr. 0 15.70, Nr. 00 hier 19.—. — Roggenmehl für Mai —, für Juni 15.60. Rüböl.

**Breslau, 29. Mai.** Spiritus epl. 50 M. Verbr.-Abgabe, für Mai 51.80, do. 70er 81.40.

**Hamburg, 29. Mai.** Kaffe good average Santos für Mai — M., für Sept. 68 1/4 M.

**Amsterdam, 29. Mai.** Weizen für Mai 149.—, für Novbr. 147.—, Roggen für Mai 97.—, für Juli —, Reind hier 20 1/2, für Sommer 20 1/2, für Herbst 20 1/2, für Frühjahr 20 1/2. Banca-Rinn hier 37.—, Billiton hier 38 1/2.

**Paris, 29. Mai.** Rüböl per Mai 52.—, per Juni 51.75, per Juli-August 52.—, per Sept.-Okt. 52.—, Träge. Spiritus per Mai 80.25, per Sept.-Okt. 81.25. Still. Zucker, weißer, Nr. 3, per 100 Kilogr., per Mai 30.50, per Okt.-Jan. 31.30. Behauptet. Mehl, 8 Marques, per Mai 39.60, per Juni 39.75, per Juli-August 40.25, per Sept.-Okt. 40.80. Still. Weizen per Mai 18.90, per Juni 18.90, per Juli-August 18.80, per Sept.-Okt. 18.40. Still. Roggen per Mai 11.25, per Juni 11.25, per Juli-August 10.75, per Sept.-Okt. 10.75. Still. Talg 45.—. Wetter: Schön.

**Petersburg, 29. Mai.** Weizen hier 0.—, Roggen hier August 4.80, Hafer hier 3.50. Reinsalat (9 Rub) hier 11.—. Hans hier —, Talg 48.—. Warm.

**London, 29. Mai. (Metallbörse.)** Kupfer Chili-Bars cash 47 1/2, ditto 3 Monate 47 1/2. Zinn Straits cash 60 1/2, ditto 3 Monate 61.—. Blei spanisch 11 1/2, ditto englisch 11 1/2. Zinn ordinary brands 17 1/2, ditto Spezial brands 18.—.

**London, 29. Mai.** Silber 81 1/2.

**Glasgow, 29. Mai. (Roheisen.)** Mixed numbers warr. 46 Sp. 6 d.

**New-York, 29. Mai.** Weizen: Mai —, Juni 65.—, Juli 64 1/2, Aug. 64 1/2, Sept. 64 1/2, Okt. —, Debr. 66 1/2. Mais: Mai —, Juni 39 1/2, Juli 34 1/2, Aug. 34 1/2, Sept. 35 1/2, Oktober 35 1/2. Weizen nachgebend.

**Chicago, 29. Mai.** Weizen: Mai 57 1/2, Juni 57 1/2, Juli 57 1/2. Mais: Mai 27.—, Juni 27 1/2, Juli 27 1/2.

### Drahtberichte.

**Königsberg, 30. Mai.** Professor Schweiniger traf gestern bei dem Grafen Wilhelm von Bismarck ein, der seit Januar leidend ist.

**Wien, 30. Mai.** Die „Neue Freie Presse“ meldet: Der gemeinsame Vorschlag für 1897, der am Montag den Delegationen unterbreitet wird, umfaßt ein Erfordernis von 160 1/2 Millionen Gulden, 42 Millionen mehr als im letzten Budget. Hiervon entfallen 4 Millionen auf Mehraufwand für Heer und Marine, übrigenfalls den Aufwand für kleine Verbesserungen der Mannschaftenlohn.

**Pest, 29. Mai.** Die ungarische Regierung beschloß die prinzipielle Beteiligung an der Pariser Ausstellung von 1900. Die rumänische Regierung fragte bezüglich der Beteiligung Ungarns an, um ihrerseits die Beteiligung zu beschließen.

**Bukarest, 29. Mai.** Die „Agence Roumaine“ meldet: Seit einiger Zeit zielt die herrschsüchtige Haltung des Metropolitens und Primas von Rumänien auf die Ergreifung der obersten Gewalt in der rumänischen Kirche ab, die nach der Staatsverfassung, nach den Canones der Kirche und nach den Kirchengesetzen der Synode zukommt. Daraus ergaben sich Mißbilligungen zwischen der Majorität der Synode und dem Metropoliten, der die Autorität der Synode bei Seite schob und die Mehrzahl der Diözesane für vakant erklärte. In der heutigen Sitzung beschloß die Synode einstimmig, den Primas in Anklagezustand zu versetzen und von der gesamten Amtstätigkeit zu suspendieren. Sie setzte eine zwei- und eine dreigliedrige Kommission ein, die eine juristische Verfolgung des Metropoliten, die andere zur provisorischen Verwaltung der Diözese.

**Rom, 29. Mai.** Der Minister des Aeußeren legte der Kammer die zwischen der Schweiz und Italien abgeschlossene Simplonbahn-Konvention vor.

**Brüssel, 30. Mai.** Der Herzog von Orleans trifft morgen hier ein, angeblich zur Abhaltung royalistischer Konventikel. (Berl. Tzbl.)

**Moskau, 30. Mai.** Gestern Abend fand eine glänzende Festvorstellung in dem neu ausgestatteten großen Theater statt. Das Kaiserpaar wurde beim Eintreten mit der Nationalhymne und Hurrarufen begrüßt. In der Kaiserloge waren anwesend die Königin von Griechenland und die Kronprinzessin von Rumänien. Ferner wohnten der Vorstellung bei das diplomatische Korps, die Minister, die Hofchargen, die Reichsratsmitglieder u. s. w. Sämtliche Anwesende trugen Galauniformen, bzw. prächtige Toiletten. Aufgeführt wurde ein Akt der Oper „Das Leben für den Jaren“ und das Ballet „Die Perle“. Die Theaterfront und die Nebenhäuser waren glänzend beleuchtet.

### Der Aufstand auf Kreta.

**Konstantinopel, 29. Mai.** Die Vostschaster traten wiederholt zur Beratung über die Lage auf Kreta zusammen und wiesen das Konfliktkorps an, einem Antrage gemäß die Vermittelung zu übernehmen; wodurch, wie gehofft wird, die Einschließung von Vamos aufgehoben werden wird gegen Freigabe der im benachbarten Kalvas umzingelten Aufständigen. Die Pforte erklärte, sie sei diesbezüglich nicht abgeneigt, teilte jedoch den Vostschastern mit, daß die militärische Unterstützung des Aufstandes eingeleitet sei. 16 Bataillone gehen nach Kreta ab. Rußland, England und Oesterreich-Ungarn senden einen, Frankreich zwei Kreuzer.

Verantwortlicher Redakteur: Otto Reuß, verantwortlich für den Anzeigenteil: Alexander Steinhauser, beide in Karlsruhe.

Meteorol. Centralstation Stuttgart. Wettervorhersage, Nachmittags 4 Uhr.

Infolge der Zurückdrängung des Hochs nach Island und des Vordringens von Tiefen des gestern über Nordlandinanten erschienenen Aufwirbels gegen Süden mit der Richtung gegen Oberitalien werden bei uns nordwestliche bis nördliche Winde sich entwickeln. Diese werden bewölkt, regnerisches Wetter und kühle Temperatur bringen.

55-jähriger Erfolg. — 60 Belohnungen. gegen Verdauungsbeschwerden, Durchfall, Colerzie, Leibesbeschwerden, Nervenweh, Herzweh, Kopfschmerz, stillt sofort den Durst und reinigt das Wasser. Schonungsmittel gegen Epidemien. Verlangt den Namen DE RICQLES.

**ALCOOL DE MENTHE RICQLES**

2190.20. DE

Kopfschmerz, stillt sofort den Durst und reinigt das Wasser. Schonungsmittel gegen Epidemien. Verlangt den Namen DE RICQLES.

Alcool de Menthe de Ricqles zu haben bei L. Dörflinger, Karlsruhe, Waldstrasse 45.

### Sonntagsöffnungen.

Altbürgermeister Wilhelm Triller von Mannheim, Amtsgericht Schopfheim. Eröffnungstermin 27. Mai, Anmeldefrist Ablauf 1. Juli, Prüfungstermin 9. Juli.

